

**Nummer:** 15/2693  
**Art der Anfrage:** Anfrage  
**Öffentlichkeitsstatus:** öffentlich

## Anfrage der LWLSPD-Fraktion zu den Auswirkungen der Haushaltsplanungen der Landesregierung für das Jahr 2025 auf soziale Dienstleistungen und Menschen mit Behinderung in Westfalen-Lippe

---

**Datum:** 23.09.2024

**Anfrage von:**  
LWLSPD-Fraktion

### Beratungsfolge

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Öffentlichkeitsstatus</i>
Landschaftsausschuss (Vorberatung)	24.09.2024	Ö
Landesjugendhilfeausschuss (Vorberatung)	04.11.2024	Ö
Sozialausschuss (Vorberatung)	20.11.2024	Ö
Ausschuss LWL-Pflegezentren+Wohnverbände (Vorberatung)	26.11.2024	Ö
Ausschuss Jugendheime (Vorberatung)	27.11.2024	Ö
Gesundheits- und Krankenhausausschuss (Vorberatung)	28.11.2024	Ö
Schulausschuss (Vorberatung)	02.12.2024	Ö
Personalausschuss (Vorberatung)	10.12.2024	Ö

### Sachverhalt und Fragen

Die Kürzungen im Haushaltsentwurf 2025 der Landesregierung Nordrhein-Westfalen betreffen zahlreiche soziale Dienstleistungen und Institutionen, die maßgeblich zur Unterstützung und Eingliederung von Menschen mit Behinderungen sowie zur sozialen Stabilität beitragen. **Nach Berechnungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege betragen die von der Koalition aus CDU und BÜNDNIS 90/ DIE Grünen beabsichtigten Kürzungen im sozialen Bereich knapp 89 Millionen Euro.** Viele Kürzungen werden sich direkt auf vulnerable Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen, auswirken. Der Haushaltsplanentwurf sieht unter anderem Einsparungen in der Unterstützung für Menschen mit Behinderungen in Höhe von 6,7 Millionen Euro vor. Die Berufsorientierung – Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA) soll von 14 Millionen Euro auf 5.592 Millionen Euro, das bedeutet um 60 % gekürzt werden. Die Kürzungen betreffen wichtige Bereiche wie die berufliche Inklusion, die soziale Beratung und Präventionsmaßnahmen. Die Reduzierung der Mittel stellt nicht nur die Qualität der Dienstleistungen infrage, sondern gefährdet auch die Existenz von Projekten, die Menschen mit Behinderungen dabei unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Besonders gravierend ist die mögliche Einschränkung von Leistungen der Eingliederungshilfe,

die für die Teilhabe am Arbeitsmarkt, an Bildung und am gesellschaftlichen Leben unerlässlich sind.

Die LWLSPD-Fraktion befürchtet, dass diese Einschnitte die bisher erreichten Fortschritte bei der Integration und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gefährden.

Die LWLSPD-Fraktion bittet die Verwaltung, folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Auswirkungen haben die geplanten Haushaltskürzungen konkret auf die Arbeit der Einrichtungen des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, insbesondere im Bereich der Unterstützung für Menschen mit Behinderungen?
- Inwiefern werden durch die Einsparungen Leistungen der Eingliederungshilfe, die maßgeblich zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft beitragen, eingeschränkt?
- Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um den Kürzungen entgegenzuwirken und sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen weiterhin gleichberechtigt am sozialen Leben teilhaben können?
- Welche Auswirkungen haben die Kürzungen auf die Beschäftigung von Fachkräften in Einrichtungen der Behindertenhilfe und der sozialen Beratung?
- Wie wird sichergestellt, dass trotz der Reduzierung der finanziellen Mittel langfristige Präventionsmaßnahmen und Beratungsangebote für Menschen mit Behinderungen aufrechterhalten werden können?

Gez.

**Karsten Koch**

Fraktionsvorsitzender LWLSPD

**Anneli Hegerfeld-Reckert**

Fraktionsgeschäftsführerin LWLSPD

**Die LWLSPD-Fraktion**

**Anlage/n**

Keine